

Debatte: Sind Volksabstimmungen als freiheitlich-demokratisches Element sinnvoll? Eine Debatte über die Vor- und Nachteile direkter Demokratie

Van den Akker, Marcel; Schwerdhöfer, Anne

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Van den Akker, M., & Schwerdhöfer, A. (2015). Debatte: Sind Volksabstimmungen als freiheitlich-demokratisches Element sinnvoll? Eine Debatte über die Vor- und Nachteile direkter Demokratie. *360° – Das studentische Journal für Politik und Gesellschaft*, 10(1), 40-42. <https://doi.org/10.3224/360grad.v10i1.22617>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

Debatte

Sind Volksabstimmungen als freiheitlich-demokratisches Element sinnvoll?

Eine Debatte über die Vor- und Nachteile direkter Demokratie

TEXT: **MARCEL VAN DEN AKKER UND ANNE SCHWERDHÖFER**

ILLUSTRATION: **EVA PALPUTTA**

Die Wahlbeteiligung in Deutschland und anderen Ländern sinkt beständig, die Bürger_innen scheinen das Interesse an Politik und politischer Mitbestimmung verloren zu haben – der Frust über das „System“ steigt. Politikverdrossenheit ist zum neuen Modewort geworden. Immer wieder werden Volksabstimmungen als probates Mittel vorgeschlagen, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Doch können sie wirklich die Lösung sein? Unsere Autoren haben sich mit dieser Frage auseinandergesetzt.



Pro (Marcel)

Warum wir Volksabstimmungen brauchen

Besonders in Zeiten der Ukraine-, Griechenland- und Eurokrise, der Bedrohung durch terroristische Vereinigungen und dem demografischen Wandel müssen wir Willy Brandts Aufruf „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ konsequent zu Ende denken. Die Entwicklungen und Entscheidungen der nächsten Jahre werden Deutschland und Europa für lange Zeit prägen. Eine Beteiligung der Bürger_innen führt zu einer größeren gesellschaftlichen Debatte und einem Ende der zunehmenden Unmündigkeit der Bevölkerung.



Demokratie in der Krise!

Seit Jahren nehmen sowohl die Wahlbeteiligung als auch die Mitgliederzahlen der etablierten Parteien ab, wohingegen die Politikverdrossenheit stetig zunimmt. Der Großteil der Bürger_innen liest zwar noch von Dingen wie Transatlantic Trade and Investment Partnership (kurz TTIP), G8 oder den Bologna-Reformen, allerdings werden die Entscheidungen dazu ohne unsere Beteiligung getroffen. Auch die Informationspolitik ist mangelhaft – von den laufenden Verhandlungen erfahren wir meist wenig. Sieht so eine Gesellschaft aus, in der sämtliche Gesetze durch das Volk legitimiert werden und Politiker als Repräsentanten des Volkes in deren Interesse Entscheidungen treffen? Die politische Wirklichkeit ist, dass Unternehmen ganze Passagen in Gesetzestexten diktieren. Konzerne und finanziell gut ausgestattete Interessengruppen erschleichen sich in Berlin und Brüssel De-regulierungen, Steuernachlässe und andere Vorteile. Doch ohne eine

eigene Lobby stehen die Interessen der Bevölkerung in der politischen Wirklichkeit hinter den monetären Argumenten einzelner Akteure zurück. Wie kann die Stimme der Bürger_innen gehört werden?

Volksentscheide: Eine mögliche Lösung

Durch Volksentscheide gäbe es eine faire Möglichkeit die eigentlichen Wähler_innen nicht mehr vom realen politischen Geschehen auszugrenzen, sondern ihnen die Option zu geben, auch ohne Massendemonstrationen etwas zu bewirken. Es wäre möglich, Ideen in die Politik einzubringen und die Umsetzung von Ideen zu verhindern, ohne einer Partei angehören zu müssen. Ein gutes Beispiel für die Notwendigkeit dieses aktiven Mitspracherechts ist Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA), ein hinter verschlossenen Türen verhandelter Gesetzesvorschlag gegen Produktpiraterie. Dieser wäre mit starken Einschränkungen in unserer Nutzung des Internets einhergegangen und hätte möglicherweise sogar Plattformen wie YouTube unmöglich gemacht. Die Öffentlichkeit erfuhr erst davon, als einige Länder den Vorschlag bereits unterschrieben hatten. ACTA wurde letztendlich durch den Protest von Millionen von Bürger_innen gestoppt. Doch was passiert, wenn das Volk einmal zu spät informiert wird?

Verantwortung übernehmen

Auch Probleme wie die Rentenreform, die aufgrund der absehbaren demografischen Entwicklung dringend notwendig ist, könnten durch Volksentscheide von den Bürgern_innen selbst angegangen werden. Wir dürfen nicht darauf warten, dass die Politik uns an die Hand nimmt und durch die „gefährliche Welt“ führt. Stattdessen müssen wir unsere Verantwortung als Wahlberechtigte wahrnehmen und aus unserer politischen Apathie heraustreten. Die Beteiligung der Bürger_innen hat das Potenzial, zu einem allgemein größeren Verantwortungsbewusstsein für gesellschaftliche Probleme zu führen, gleichzeitig das Interesse an Politik zu stärken und die momentan vorherrschende Lethargie zu beenden.

Nach über 65 Jahren stabiler Demokratie in Deutschland und einer selbstverständlichen Akzeptanz der demokratischen Werte ist es an der Zeit, den Wählern zuzutrauen, sich direkter an der Politik zu beteiligen und in Grundsatzfragen für ihre eigenen Interessen einzutreten. Volksentscheide geben uns die Freiheit, Entscheidungen zu treffen, unsere Welt mit zu gestalten und unser Schicksal ein Stück weit selbst zu bestimmen.



Contra (Anne)

Über den Vertrauensverlust in meine Mitmenschen – Gegen direkte Demokratie

Mittel gegen die Politikverdrossenheit

Das ist der erste Punkt, den ich ansprechen möchte. Geringe und sinkende Wahlbeteiligung ist in Deutschland seit Jahren die Regel. Sie ist eine viel größere Bedrohung unserer Demokratie als die Tatsache, dass nicht jeder Hinz und Kunz zu allem etwas abstimmen darf. Trotzdem wird die Forderung nach Volksentscheiden dieser Tage laut. Wenn so viele Leute tatsächlich aktiv in der Politik mitwirken wollen, warum gehen dann die Parteimitgliedschaften zurück? Parteien sind flexible Strukturen. Wenn man etwas verändern möchte, sollte man dort anfangen. Oder noch besser, wenn einem die Parteienlandschaft in Deutschland nichts zu bieten hat: Selbst eine Partei gründen! Außerdem führen mehr Volksentscheide schlicht nicht zu mehr politischer Partizipation, wie das Beispiel der Schweiz zeigt. Fakt ist, dass es im deutschen politischen System durchaus Wege der Mitbestimmung gibt, doch sie werden viel zu wenig

genutzt. Unser Problem ist nicht der Mangel an Volksentscheiden, sondern der nicht vorhandene Wille der Wählenden die nötige Arbeit zu leisten, die eine aktive demokratische Mitgestaltung des eigenen Landes erfordert.

Kaum zu bewältigende Informationsflut

Berater_innen von Politiker_innen werden dafür bezahlt, dass sie den lieben langen Tag nichts anderes tun als Informationen zu filtern und trotzdem treffen Politiker_innen noch oft genug unausgewogene Entscheidungen. Wie sollen Wählende die zeitlichen und finanziellen Mittel aufbringen, um sich ähnlich adäquat auf eine gesamtgesellschaftlich wichtige Entscheidung vorzubereiten? Mal abgesehen davon, dass die meisten Menschen ohnehin nicht nach Fakten, sondern nach der gefühlten Wahrheit wählen. Bildung allein ist also leider nicht der Schlüssel zu einem Wahlergebnis, das am Ende tatsächlich die Begehren der Mehrheit der Wählenden voranbringt.

Die Verantwortungslosigkeit der Politiker_innen

Man kennt den Vorwurf, dass vier-jährige Legislaturperioden als Zeitraum für langfristige Verantwortungen nicht genügen. Für das Kreuzchen auf dem Wahlzettel ist man genau drei Sekunden verantwortlich, danach ist der Zettel in der Urne. Gesehen hat das bei einer geheimen Wahl niemand. Wer will mich oder irgendwen sonst also danach für die Folgen eines Wahlergebnisses verantwortlich machen? Wie man hier mehr Verantwortung durch Volksentscheide erreichen möchte, verstehe ich nicht.



Minderheitenschutz ist wichtiger als alles andere!

Zu guter Letzt, warum mir das Wort Volksentscheid in letzter Zeit schon eine Gänsehaut verursacht: Unser Wahlrecht wurde aus bestimmten Gründen genau so konstruiert, wie es jetzt ist. Damals hat man sich ganz bewusst gegen die Möglichkeit von direkten Volksentscheiden entschieden, um Minderheiten zu schützen. Wenn ich mir ansehe, welche Überzeugungen heute hinter einer Mehrzahl der Leute stehen, die sich gerade besonders lautstark für Volksentscheide einsetzen – z. B. weniger Unterstützung für Asylbewerber und Migranten, Arbeitslose, Griechen, Italiener, usw. – dann möchte ich persönlich nicht, dass diese Leute noch mehr wählen dürfen, als sie es ohne hin schon tun. In unserer Bevölkerung gibt es viele kleine Gruppen von Menschen, die auf die eine oder andere Weise benachteiligt sind. Diesen Menschen die gleichen Chancen zu bieten, kostet viel Geld und das geht nur zu – finanziellen – Lasten der großen Mehrheit. Das ist richtig und gut so. Es scheint aber, dass viele unserer Mitmenschen das nicht mehr verstehen und deshalb brauchen diese Gruppen gerade jetzt besonderen Schutz. Volksentscheide helfen dem nicht.

lesen statt suchen

Naher Osten



Naher Osten kompliziert

Nahostkonflikt Doku verwirrend

Nahostkonflikt keine Ahnung

Besser [zenith](#)



zenith

WWW.ZENITHONLINE.DE

FÜR 48,— € / JAHR